

**Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen**

(55. Sitzung am 9. September 2020)

**Beratungsthemen:**

**Öffentlicher Sitzungsteil**

**1. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Gesetzes über den Finanzausgleich**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/7261](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch. Er schloss sich der Beschlussempfehlung des - federführenden - Ausschusses für Inneres und Sport an, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen.

*Zustimmung:* SPD, CDU, GRÜNE, FDP, AfD

*Ablehnung:* -

*Enthaltung:* -

**2. a) Entwurf eines Gesetzes zur Einführung der Informationsfreiheit**

Gesetzentwurf der Fraktion der AfD - [Drs. 18/3266](#)

**b) Entwurf eines Informationsfreiheits- und Transparenzgesetzes für Niedersachsen**

Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/4843](#)

Der - federführende - Ausschuss bat die Landesregierung, ihn in einer der nächsten Sitzungen über ihre Open-Data-Strategie zu unterrichten.

**3. Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag zur Modernisierung der Medienordnung in Deutschland**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/6414](#)

Der - federführende - Ausschuss beriet über den Gesetzentwurf. Er folgte dem Votum seines Unterausschusses „Medien“ und empfahl dem Landtag, den Gesetzentwurf in der Fassung der Vorlage 1 anzunehmen.

*Zustimmung:* SPD, CDU, GRÜNE, FDP

*Ablehnung:* AfD

*Enthaltung:* -

Berichterstattung (mündlicher Bericht): Abg. Zinke.

4. a) **Sexuellen Missbrauch von Kindern effektiv bekämpfen**  
Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/1533](#)
- b) **Wir stehen in der Pflicht - Kindesmissbrauch wirksam bekämpfen, Verjährungsregel aufheben**  
Antrag der Fraktion der AfD - [Drs. 18/6817](#)
- c) **Sexuellen Kindesmissbrauch bekämpfen - Präventionsarbeit verbessern, Täter konsequent verfolgen!**  
Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/6824](#)

Der Ausschuss beriet über die Anträge.

Den Antrag des Ausschussmitgliedes der Fraktion der FDP, die Beratung über den Antrag seiner Fraktion zu unterbrechen und in Aussicht zu nehmen, zu diesem Antrag die Enquetekommission zur Verbesserung des Kinderschutzes und zur Verhinderung von Missbrauch und sexueller Gewalt an Kindern um Stellung zu nehmen, sobald diese eingesetzt ist, lehnte der Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der CDU gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der Grünen, der FDP und der AfD ab.

Der Ausschuss empfahl dem Landtag, den Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU unverändert anzunehmen.

*Zustimmung:* SPD, CDU  
*Ablehnung:* AfD  
*Enthaltung:* GRÜNE, FDP

Er empfahl dem Landtag, die Anträge der Fraktionen der FDP und der AfD für erledigt zu erklären.

*Zustimmung:* SPD, CDU  
*Ablehnung:* GRÜNE, FDP, AfD  
*Enthaltung:* -

5. **Qualifizierte Leichenschau**  
Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/3921](#)

Auf Antrag des Ausschussmitgliedes der Fraktion der FDP kam der - federführende - Ausschuss überein, den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung um Stellungnahme zu den seinen Zuständigkeitsbereich betreffenden Gesichtspunkten des Antrages zu bitten.

Der Ausschuss bat das Justizministerium sowie das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung, in einer der nächsten Sitzungen zu dem Ergebnis der in der 54. Sitzung durchgeführten Anhörung Stellung zu nehmen und darzulegen, inwieweit es möglich wäre, in Niedersachsen eine qualifizierten Leichenschau nach bremischem Vorbild einzuführen.

Den Mitgliedern des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung soll die Niederschrift über die Anhörung übermittelt werden. Ihnen soll anheimgestellt werden, an der Sitzung teilzunehmen, in der die Ministerien Stellung nehmen.

6. a) **Konsequentes Vorgehen gegen kriminelle Familien-Clans**

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/1521](#)

b) **Kriminelle Familienclans in Niedersachsen konsequent bekämpfen**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/6761](#)

Die Landesregierung unterrichtete den - federführenden - Ausschuss über den Sachstand. Eine Aussprache des Ausschusses schloss sich an.

7. **Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU auf Unterrichtung durch die Landesregierung zum Übergriff auf Polizeibeamte in Quakenbrück**

Der Ausschuss ließ sich von Vertretern des Justizministeriums und des Ministeriums unterrichten. Er kam überein, die Unterrichtung in vertraulicher Sitzung fortzusetzen.

**Vertraulicher Sitzungsteil**

8. **Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU auf Unterrichtung durch die Landesregierung zum Übergriff auf Polizeibeamte in Quakenbrück**

Der Ausschuss ließ sich von einer Vertreterin des Justizministeriums unterrichten.